

Online-Texte der Evangelischen Akademie Bad Boll

"Wie mit vertauschten Augen"

Die Kirchenpartnerschaft zwischen Württemberg und Thüringen 1949 bis 1989.
Ein Überblick

Dr. Karoline Rittberger-Klas

Ein Beitrag aus der Tagung:

Württemberg, Thüringen, Europa

Kirchliche Partnerschaften auf dem Weg

Zinzendorfhaus Neudietendorf, 22. – 24. Januar 2010, Tagungsnummer: 411210

Tagungsleitung: Dr. Günter Renz, Stefan Brückner, PD Dr. Michael Haspel

Bitte beachten Sie:

Dieser Text ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers/der Urheberin bzw. der Evangelischen Akademie Bad Boll.

© 2010 Alle Rechte beim Autor/bei der Autorin dieses Textes

Eine Stellungnahme der Evangelischen Akademie Bad Boll ist mit der Veröffentlichung dieses Textes nicht ausgesprochen.

Evangelische Akademie Bad Boll
Akademieweg 11, D-73087 Bad Boll
E-Mail: info@ev-akademie-boll.de
Internet: www.ev-akademie-boll.de

"Wie mit vertauschten Augen"

Die Kirchenpartnerschaft zwischen Württemberg und Thüringen 1949 bis 1989.
Ein Überblick

Dr. Karoline Rittberger-Klas

Einleitung

„Es war seltsam, wir sahen bald wie mit vertauschten Augen, sie unser Land, wir ihr Land, sie ihr Land, wir unser Land, wir unser irgendwie gemeinsames Land. Wir sahen und redeten und kamen zusammen, über alle Vorsichten, alle Mauern und Zäune hinweg.“¹

In solch beinahe poetischen Worten beschrieb 1985 eine Tübinger Theologiestudentin ihre Erfahrung bei der Begegnung mit Kommilitonen aus Thüringen. Unzählige solcher Begegnungen hat es in den 40 Jahren der Partnerschaft zwischen Württemberg und Thüringen von 1949 bis 1989 gegeben. Begegnungen, die den Horizont erweiterten, die Perspektive veränderten, den Blick schärften.

Wie diese Verbindungen entstanden, wie sie sich unter den Bedingungen der deutschen Teilung entwickelten, welche Hindernisse ihnen entgegenstanden und was sie bewirkten, das werde ich in der nächsten Stunde zu skizzieren versuchen.

Dazu werde ich an der Entwicklung der Beziehungen über die Jahrzehnte entlanggehen und dabei jeweils nach einem allgemeinen Überblick einen thematischen Aspekt, der in dieser Zeit besonders wichtig war, speziell in den Blick nehmen.

Das alles kann natürlich nur ein Überblick sein. Viele Fragen werden offen bleiben. Und diejenigen unter Ihnen, die selbst an der Partnerschaft beteiligt waren, werden sicher manches beitragen oder anfragen wollen. Deshalb bin ich froh, dass wir im Anschluss darüber ins Gespräch kommen können.

Anfänge – die fünfziger Jahren

Geburtsstunde der Partnerschaften war die Konferenz der Hauptgeschäftsführer der Hilfswerke der Landeskirchen im August 1949. Dort fand der Vorschlag einer Paketaktion, „in der jedes Hauptbüro die Beschickung einer Landeskirche in der Sowjetzone übernimmt“², bei allen Konferenzteilnehmern Zustimmung. Die Lage im Osten, so das Zentralbüro des Hilfswerks in seinem Rundschreiben Ende September 1949, mit dem es die Hauptbüros von dem Beschluss in Kenntnis setzte, erfordere nach wie vor eine regelmäßige Hilfe, während die Situation im Westen, besonders in ländlichen Gemeinden, diese Hilfe ermögliche.

¹ Semesterbericht des Ev. Stifts Tübingen, Wintersemester 1985/86, S. 32f.

² Niederschrift über die Konferenz der Hauptgeschäftsführer des Hilfswerks in Wolfsbrunnen vom 16.9.1949.

Um die Zentralstellen des Hilfswerks zu entlasten, kam man überein, „sozusagen ein Patenverhältnis zwischen den einzelnen Hauptbüros im Westen und Osten herzustellen und einzelne Gemeinden bzw. ihre Hilfswerkstellen zueinanderzuweisen“³. Bei der Zuordnung der Hauptbüros der einzelnen Landeskirchen wurden sowohl Konfessionsbindung als auch Größe der Landeskirchen berücksichtigt – es wurde nicht gelöst! So kam es zu folgender Zuteilung:

Um die Patenhilfe in Gang zu bringen, wies das Stuttgarter Zentralbüro des Hilfswerks im September 1949 die Hauptbüros an, im Westen die zur Hilfe bereiten Gemeinden, im Osten die Empfangsstellen für die Pakethilfe zu erfassen und die Empfängeradressen den zuständigen Hauptbüros im Westen zukommen zu lassen.

Ein wichtiger Einschnitt in den Partnerbeziehungen war die am 5. August 1954 in Kraft getretene und bis zum Ende der DDR gültige „Verordnung über den Geschenkpaket- und -päckchenverkehr auf dem Postwege mit Westdeutschland, Westberlin und dem Ausland“. Darin wurde festgelegt, dass als Geschenksendungen nur solche Päckchen gelten könnten, „die unmittelbar von einem privaten Absender (natürliche Person) an einen privaten Empfänger (natürliche Person) auf Grund persönlicher Beziehungen zum persönlichen Verbrauch oder Gebrauch zum Versand gebracht werden.“ Durch diese Auflage war ein Sammelversand von Hauptbüro zu Hauptbüro, von Einrichtung zu Einrichtung, ja sogar von Pfarrhaus zu Pfarrhaus ausgeschlossen. Die gesamte Pakethilfe war nun abhängig von der Bereitschaft Einzelner, Geschenksendungen an Privatpersonen in der Partnerkirche zu verschicken. Zudem benötigte man eine umfangreiche Adresskartei mit Einzeladressen aus den Empfängerkirchen. Päckchen, die durch ihr gleichförmiges Aussehen, identischen Inhalt oder gar eine fortlaufende Nummerierung den Eindruck erweckten, von zentraler Stelle versandt worden zu sein, wurden beschlagnahmt.

Sowohl im Osten als auch im Westen ging man zunächst von einer zeitlich begrenzten Hilfsaktion aus. Doch was mit einer Paketaktion begann, wuchs im Laufe der Zeit zu einem dichten Beziehungsgeflecht auf allen Ebenen der Landeskirchen.

(1) Die Hilfswerke bzw. später die Diakonischen Werke in Württemberg und Thüringen waren die Schaltzentralen der Partnerschaft. Sie sorgten für den Informationsaustausch und die Vernetzung aller an der Partnerschaft beteiligten Stellen und organisierten die materielle Hilfe. Das finanzielle Gesamtvolumen der über die Diakonischen Werke der Landeskirchen abgewickelten Partnerschaftshilfen wird für die Zeit von 1957 bis 1990 mit 1309,7 Mio DM angegeben.

Das Hilfsprogramm des Diakonischen Werks Württemberg lässt sich in zwei Hauptbereiche einteilen. Einerseits zentrale Hilfen für Institutionen oder Einzelpersonen, für deren komplette Abwicklung das Diakonische Werk Württemberg *direkt* zuständig war, andererseits materielle Unterstützung, die das Diakonische Werk für die Partner zur Verfügung stellte und die so auf *indirektem* Wege nach Thüringen gelangten – die Bedeutung dieses Weges habe ich oben bei Eingehen auf die Geschenkpaketverordnung schon hervorgehoben.

In den Anfangsjahren wurden den Gemeinden, Heimen und Einzelpersonen in Württemberg, die eine Patenschaft übernommen hatten, vor allem Lebensmittel zum Weiterversand zur Verfügung gestellt. Seit Mitte der fünfziger Jahre differenzierte sich das Bild: Textilien, theologische und schöngestige Literatur, Küchenmaschinen, Bastel- oder Büromaterialien wurden versandt. Daneben war das Diakonische Werk Württemberg beim Transfer von Geldspenden an die Partnergemeinden über das Diakonische Werk der EKD, bei der Beschaffung von Einfuhrgenehmigungen sowie bei der

³ Hilfswerk der EKD, Zentralbüro, an die Hauptbüros vom 26.9.1949.

Organisation und Bezuschussung von Begegnungen behilflich. Auch die Bestellung von Industriewaren oder Kraftfahrzeugen über Genex lief über das Diakonische Werk und wurde zum großen Teil von dort finanziert.

(2) Die Gemeindepartnerschaften entstanden zunächst aus der Notwendigkeit heraus, die sich ausweitende Pakethilfe immer zielgenauer zu organisieren. Zu Beginn des Jahres 1953 sorgte das Stuttgarter Hauptbüro des Hilfswerks dafür, dass jeder Kirchenkreis in Thüringen einen Partnerbezirk in Württemberg bekam. Ferner wurde den Bezirksstellen vorgeschlagen, „die Gemeinden der Kreisstellen in Thüringen in direkte Verbindung mit Ihren einzelnen Gemeinden zu bringen, sodass jede Gemeinde in Thüringen eine Patengemeinde bei uns bekommt.“⁴ Daraus entstand die endgültige Zuweisung der Partnerkreise und -gemeinden, die im Wesentlichen bis zur Wende Bestand hatte und, soweit die Partnerschaft noch gepflegt wird, bis heute besteht.

(3) Die Partnerschaften im Bereich der Diakonischen Einrichtungen wurden in den Anfangsjahren von der für die Anstaltsdiakonie zuständige Innere Mission unabhängig von den Bemühungen des Hilfswerks koordiniert. Das führte dazu, dass die Zuteilung der Landeskirchen nicht übereinstimmte. Die württembergischen Einrichtungen hatten Partneranstalten in der Kirchenprovinz Sachsen, die Anstalten in Thüringen wurden von Kurhessen-Waldeck versorgt. Erst 1960 wurde die Zuteilung der Partnerkirchen auch für die Diakonischen Einrichtungen übernommen, das „Anstaltenprogramm“ des württembergischen Hilfswerks für Thüringen lief an.

Wichtige Träger der Partnerschaft auf institutioneller Ebene wurden darüber hinaus schon in den Anfangsjahren (4) kirchliche Werke und Verbände, (5) die Kirchenleitungen und (6) die Synoden.

Eine weitere tragende Säule der Kirchenpartnerschaft waren (7) die persönlichen Partnerschaften von Familie zu Familie, von Einzelperson zu Einzelperson. Bereits 1953 beschloss der württembergische Pfarrverein, eine Verbindung zwischen Pfarrhäusern in Württemberg und Thüringen zu schaffen. Die in der Verbindung zwischen Württemberg und Thüringen einmalige Tatsache, dass alle Pfarrer neben dem Kontakt zum Kollegen in der Partnergemeinde – der in der Regel mit einem Stellenwechsel endete – auch noch eine bleibende Verbindung zu ihrem persönlichen Partnerpfarrer hatten, intensivierte die Partnerschaft. Auf ähnliche Weise wurden Beziehungen zwischen anderen Berufsgruppen wie Katecheten, Erzieherinnen oder Kirchenmusikern geknüpft.

Kirchliche Partnerschaften im Spannungsfeld der Deutschlandpolitik

Gleich im ersten Jahrzehnt der Partnerschaft wurde überdeutlich, dass die Beziehungen über die Grenze hinweg ein Politikum erster Ordnung waren – betrafen sie doch gleich zwei äußerst sensible Felder der DDR-Politik dieser Jahre: Einerseits das Verhältnis zur Kirche, andererseits das Verhältnis zum anderen deutschen Staat. Nun war es keinesfalls so, dass der DDR-Staat die deutsch-deutschen Beziehungen der Kirchen ausschließlich negativ sah. Besonders in den Anfangsjahren, als die deutsche Einheit auch in der DDR noch als Ziel angesehen wurde, waren Ost-West Kontakte – sofern sie denn aus Sicht der Führung im richtigen Geiste geschahen – durchaus gern gesehen. Aber

⁴ Hauptbüro an Bezirksstelle Backnang vom 13.3.1953.

auch später sah der Staat Vorteile: So wirkten sich die materiellen Hilfen durchaus positiv auf die Wirtschafts- und Versorgungslage der DDR aus. Zudem versuchte man, die Beziehungen geheimdienstlich zu nutzen. Schließlich hoffte man darauf, dass Westbesucher ihr DDR-Bild zum positiven korrigierten und in der Bundesrepublik von einer weltoffenen und kirchenfreundlichen DDR berichteten.

Offensichtlich war man sich aber keineswegs sicher, dass dies aufgehen würde, denn stärker ausgeprägt als die Hoffnungen der DDR-Machthaber im Hinblick auf die Kirchenpartnerschaften waren dann doch die Befürchtungen. Man hatte einerseits Bedenken, die Kontakte würden die politische und gesellschaftliche Haltung der christlich geprägten DDR-Bürger negativ beeinflussen, konnten doch durch die vielen Westkontakte bürgerlich-antisozialistisches Gedankengut und unliebsame deutschlandpolitische Ideen einfließen. Außerdem gefährdete die Unterstützung aus dem Westen die kirchenpolitischen Ziele der DDR-Führung, die eine allgemeine Zurückdrängung der Kirche aus dem öffentlichen Leben sowie die Förderung angepasster und die Sanktionierung staatskritischer Kirchenleute anstrebte.

Besonders in den fünfziger Jahren auf dem Hintergrund der erbitterten Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche um Junge Gemeinde und Jugendweihe reagierten die Machthaber zudem sehr angespannt auf die Pakethilfe im Rahmen der Partnerschaft. Nachdem schon die Geschenkpaket-Verordnung vom August 1954 ein deutliches Zeichen des Misstrauens gegen die organisierte Pakethilfe gewesen war, zeigen die Quellen in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre verstärkt ein aggressives Vorgehen von Presse und Staatsorganen gegen Paketempfänger in Thüringen. Eindrücklichstes Beispiel ist wohl die Kampagne der Jenaer Volkswacht gegen die Partnerschaftshilfe aus Württemberg.

Unter der Überschrift „Muß ein Pfarrer betteln gehen?“ (Untertitel „Geheimnisvolle Briefe flattern ins Haus – Wozu braucht ein Geistlicher Deckadressen? – Mit ‚West‘-Schokolade gegen die Jugendweihe“) diagnostizierte die Zeitung in ihrer Ausgabe vom 17. Mai 1958 als Wurzel des Problems die Einstellung von „gewissen Kreisen“, für die „im Westen alles besser“ sei, die das wachsende Ansehen der DDR nicht ertragen könnten und sich daher bemühten, die DDR im Westen schlecht zu machen. In einer für den außenstehenden Leser kaum zu durchschauenden Mischung aus erstaunlich präzisen Fakten, Interpretation und Polemik werden dann „die Tatsachen“ beschrieben:

„Da flattern Briefe in Wohnungen und Häuser von Jena und Umgebung. Ihr Inhalt ist im Grunde immer der gleiche, auch die Absender sind ziemlich oft dieselben. Bestimmte Orte (zum Beispiel Pfullingen in Württemberg) kommen merkwürdig oft vor. In den Briefen steht dann ungefähr zu lesen: ‚Liebe Familie Sowieso! Zufällig haben wir erfahren, daß Ihr Sohn konfirmiert wird (oder auch: daß Sie Silberhochzeit haben; oder: 60. Geburtstag haben usw. usw.). Wir möchten Ihnen gerne eine Freude machen. Bitte schreiben Sie uns, welche Kragenweite, Körpermaße, Schuhgröße...‘

Dann großer Familienrat. Der Absender ist zwar völlig unbekannt, aber, nicht wahr: Einem geschenkten Gaul sieht man nicht ins Maul. Kommen dann die Sachen an, ist man zwar etwas enttäuscht, denn man hatte den Westen qualitativ höher eingeschätzt.

Nun, wenn schon, wird mancher sagen, was ist denn schon dabei? Aber wie ist es, wenn diese Briefe und Pakete mit den geheimnisvollen Absendern seit Weihnachten in die Hunderte und Tausende gehen? Wie ist es, wenn – wie inzwischen festgestellt werden konnte – diese ganze Aktion eine wohlorganisierte Sache einiger Pfarrer ist, die systematisch an ihre Amtsbrüder, ‚Patengemeinden‘ und sogenannte caritative Organisationen Briefe schreiben, worin sie bewegt die ‚Not‘ ihrer Gemeinde

schildern, Angaben über Konfirmationen, Geburtstage und Hochzeiten beifügen und an die Mildtätigkeit appellieren?⁵

Weiter wird den Pfarrern vorgeworfen, einzelne Gemeindeglieder „als Deckadresse beim Paketempfang aus Westdeutschland“ zu missbrauchen. Nach einer propaganda-typischen Differenzierung zwischen der DDR-loyalen Pfarrern, die ausdrücklich von der Kritik ausgenommen werden, und solchen nach Westen orientierten Geistlichen, die Gesetze der DDR „mißachten und umgehen wollen“, werden einige der letzteren namentlich angeklagt:

Pfarrer „Härtel“ aus Lobeda wird z.B. wird bezichtigt, sich „einer Herabwürdigung unseres Staates und der Arbeiter schuldig gemacht“ zu haben, um im Westen glaubhaft zu machen, welche „Not“ in der DDR herrsche. Die Staatsorgane hätten festgestellt, dass die Kleidungsstücke, die Konfirmanden aus seiner Gemeinde aus Westdeutschland bekommen hatten, „durch Vermittlung Pfarrer Härtels [...] von westdeutschen Organisationen abgeschickt“ worden seien. Als zweites Beispiel werden der Pfarrer und die Katechetin aus Rothenstein angeführt. Ihnen wird zur Last gelegt, Kinder mit Schokolade aus „ständig“ empfangenen Westpaketen zur Christenlehre gelockt, für die Konfirmation geworben und so von der Jugendweihe abgehalten zu haben.

Nach bewährter Manier werden am Ende des Artikels Vertreter der Werktätigen nach ihrer Meinung zu diesen Vorgängen befragt. Diese stellen erwartungsgemäß fest, eine solche Art der Unterstützung habe man in der DDR nicht nötig, sie sei „eine Beschimpfung unseres Arbeiter- und Bauern-Staates“ und die Pfarrer sollten sich lieber „um die Arbeitslosen und um die von der Krise Betroffenen“ in Westdeutschland kümmern.

Nach dem eben Gesagten nimmt es nicht Wunder, dass die DDR-Führung von Anfang an dafür sorgte, dass die Aktivitäten im Rahmen der Partnerschaft überwacht wurden. Die für die Kirchenpolitik zuständigen Regierungsstellen, Kreis- und Bezirksbehörden, Partei, MfS, Volkspolizei und Zoll wirkten bei dieser Aufgabe zusammen. Die zunehmende Dezentralisierung der Partnerschaften ab Mitte der fünfziger Jahre und ihre starke Verankerung an der Basis, in gemeindlichen und persönlichen Kontakten, machte es den staatlichen Stellen aber schwer, ihren Auftrag zu erfüllen. Immer wieder finden sich in den Quellen Klagen über lückenhafte Erfassung der partnerschaftlichen Beziehungen und den Mangel an geeigneten Informanten für diesen Bereich – und tatsächlich sind die ermittelten Informationen oft dürftig. Erst in den achtziger Jahren verstärkte das MfS seine Bemühungen, die Kirchenpartnerschaften in den Griff zu bekommen, spürbar. So entstanden an der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam mehrere Arbeiten, die sich mit diesem Phänomen auseinandersetzen. Ihr gemeinsames Ziel war es, angesichts der Vielzahl und Unüberschaubarkeit der Kontakte Kriterien herauszuarbeiten, die eine Unterscheidung zwischen den aus Sicht des MfS harmlosen und den politisch brisanten Beziehungen ermöglichen sollten. Dies sollte eine Konzentration auf die Überwachung und Verhinderung der problematischen Kontakte erleichtern.

Offiziersschüler Bernd Höhn unterschied 1988 in seiner Arbeit „Analyse der bestehenden Partnerschaftsbeziehungen der evangelischen Kirche im Verantwortungsbereich der Kreisdienststelle Hildburghausen und politisch-operative Schlussfolgerungen zu deren operativer Kontrolle und Bearbeitung“ drei Arten von Partnerschaftskontakten:

„1. Partnerschaftsbeziehungen aus religiösem Anliegen, wobei ehrliche Christen im Rahmen des religiösen Bekenntnisses ohne primäre politische Zielstellung die Partnerschaftsbeziehungen unterhalten

⁵ Zitate aus „Volkswacht“ vom 17.5.1958.

2. Partnerschaftsbeziehungen aus nicht ausschließlich religiösen Motiven, wobei beeinflusste und irgeleitete Personen sich in das Konzept staatlicher Organe der BRD gegenüber der DDR ‚Wandel durch Kontakte‘ eingliedern bzw. im Interesse reaktionärer klerikaler Kräfte mit Handlungen in Erscheinung treten, die als vage Anzeichen politischer Untergrundtätigkeit zu werten sind.

3. Missbrauch der kirchlichen Partnerschaftsarbeit zur Durchsetzung antisozialistischer Zielstellungen, indem reaktionäre klerikale Kräfte bzw. feindlich-negative Kräfte unter dem Deckmantel der Kirche mit Handlungen, die Ausdruck politischer Untergrundtätigkeit sind, in Erscheinung treten.“⁶

Dabei hielt er fest, dass die Mehrzahl der Partnerschaften in der von ihm untersuchten Region der ersten Kategorie zuzuordnen seien.

Krise – die sechziger Jahre

Ende der fünfziger Jahre begann die wohl schwierigste Zeit in der Geschichte der Beziehung zwischen Württemberg und Thüringen. War das Zusammengehörigkeitsgefühl durch die zahlreichen Schikanen in den kirchenpolitischen Auseinandersetzungen der fünfziger Jahre eher gestärkt worden, so führten nun mehrere ineinandergreifende Faktoren zu einer politischen und kirchlichen Situation, die die Partnerschaft von innen gefährdete. Nach dem Mauerbau 1961 war nicht nur die gesamtdeutsche Organisation der EKD langfristig bedroht, es verschlechterten sich auch die äußeren Bedingungen für persönliche Begegnungen zwischen den Patenkirchen in beide Richtungen drastisch. Daneben führte der als „Thüringer Weg“ bekannt gewordene kirchenpolitische Kurs, den Landesbischof Moritz Mitzenheim Ende der fünfziger Jahre einschlug, auch in Württemberg zu Irritationen, die das Verhältnis belasteten. Darauf werde ich später noch eingehen.

Der Schock des Mauerbaus löste in den Gemeinden in Württemberg allerdings zunächst eine Welle der Hilfsbereitschaft aus, die auch die Unterstützung für Thüringen belebte.

Trotz dieser kurzen Phase der Intensivierung wirkte sich jedoch die rigorose Einschränkung der Begegnungsmöglichkeiten langfristig lähmend auf die Partnerschaft aus. Die Zementierung der Teilung drängte das in den fünfziger Jahren noch selbstverständliche gesamtdeutsche Denken in der Bevölkerung langsam in den Hintergrund. Die gegenseitige Fremdheit verstärkte sich.

Mit dem Auseinanderleben traten auch Ermüdungserscheinungen in den Patenbeziehungen auf. Für die Bezirksleitertagung im Herbst 1964 notierte das HWW zum Stichwort „Gemeindepatschaften“:
„In letzter Zeit kommt es leider immer häufiger vor, dass verschiedene Gemeinden in Württemberg gar nicht mehr wissen, ob bzw. welche Patengemeinde sie in Thüringen haben.“⁷

Tatsächlich schiefen viele Partnerschaften fast ein. Dem entspricht der Befund, dass sich in den Quellen kaum Aufzeichnungen über die sechziger Jahre finden.

⁶ Bernd Höhn, Analyse, S. 13.

⁷ Vermerk des Hilfswerks Württemberg für die Bezirksleitertagung vom 30.9.1964.

Kirchliche Partnerschaften im Spannungsfeld deutsch-deutscher Kirchenpolitik

Auch wenn große Teile der Partnerschaftsarbeit von der kirchlichen Basis getragen wurden – selbstverständlich waren auch die partnerschaftlichen Beziehungen von den kirchenpolitischen Entwicklungen in den beiden Landeskirchen und auf Ebene der EKD betroffen. In den sechziger Jahren wurde dies besonders deutlich:

Die kirchenpolitischen Alleingänge des Thüringischen Landesbischofs Moritz Mitzenheim isolierten ihn nicht nur von den übrigen ostdeutschen Landesbischöfen, sondern machten ihn auch im westlichen Teil der EKD verdächtig und irritierten die Patenkirche. Näher auf sie einzugehen oder sie zu bewerten, würde den Rahmen dieses Vortrags sprengen. Daher seien nur einige Punkte stichwortartig erwähnt: Gegen die Vereinbarung der Kirchlichen Ostkonferenz hob Thüringen als erste der DDR-Kirchen mit Anhalt in der neuen Konfirmationsordnung für 1959 praktisch die Unvereinbarkeit von Jugendweihe und Konfirmation auf. Am 13. April 1959 nahm Mitzenheim ohne Rücksprache mit seinen Amtsbrüdern in zustimmender Weise Stellung zu einem Brief des DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an Bundeskanzler Konrad Adenauer, in dem Grotewohl vorgeschlagen hatte, man solle vor der Genfer Viermächte-Außenministerkonferenz einen gemeinsamen deutschen Standpunkt ausarbeiten. In seinem Schreiben würdigte der Thüringer Bischof die deutschlandpolitischen Avancen des DDR-Ministerpräsidenten als Ausdruck eines neuen Ethos im zwischenmenschlichen und zwischenstaatlichen Verkehr. Im August 1961, drei Tage nach dem Mauerbau, nahm Mitzenheim vom Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht die höchste Auszeichnung der DDR, den Vaterländischen Verdienstorden in Gold, für seine Verdienste um die Mitarbeit der Christen am Aufbau der DDR entgegen.

Den Württembergern stellten sich in Anbetracht dieser Vorgänge viele Fragen: Wie waren die Vorstöße Mitzenheims zu bewerten? Sprach er damit wirklich für die Gesamtheit der Patenkirche? Hatte man das Recht oder die Pflicht, Kritik zu üben? Mitzenheims Äußerungen zum Grotewohl-Brief gaben Anlass zu einer kritischen Debatte im Württembergischen Gemeindeblatt, die wiederum in Thüringen zu Verstimmungen führte. Und über die Frage, ob und unter welchen Bedingungen ein Bischof einen staatlichen Orden annehmen darf, entbrannte eine Auseinandersetzung zwischen Mitzenheim und dem württembergischen Alt-Landesbischof Haug, die das Verhältnis zwischen beiden nachhaltig trübte.

Diese Vorgänge belasteten auch die Beziehungen an der Basis – viele Württemberger waren unsicher, wie ihre persönlichen Partner zu Mitzenheim, aber auch zur DDR im allgemeinen standen, zumal seit dem Mauerbau die Verständigung deutlich erschwert war.

Weitere Schwierigkeiten zwischen den Partnerkirchen ergaben sich aus der Offenheit der Thüringer Kirchenleitung für die sich anbahnende organisatorische Trennung der DDR-Kirchen von der EKD Ende der sechziger Jahre. Im Februar 1968 hatte Mitzenheim geäußert, die Staatsgrenzen der DDR bildeten auch die Grenze für die kirchlichen Organisationsmöglichkeiten und damit das noch 1967 in Fürstenwalde abgelegte Bekenntnis zur Einheit der EKD in Frage gestellt und einmal mehr den unerwünschten Applaus der DDR-Führung provoziert: Walter Ulbricht hielt die Äußerung Mitzenheims für eine Ablehnung der Einflüsse der westdeutschen Militärkirche. Der

württembergische Landesbischof Erich Eichele zeigte sich beunruhigt über diese Entwicklung. In einem Brief an einen Pfarrer vom April 1969 schreibt er:

Es erschien mir schwer fassbar, dass Mitzenheim wirklich der Überzeugung sein sollte, dass in der heutigen Weltsituation nur noch die römisch-katholische Kirche, nicht aber die evangelische Christenheit sichtbar zum Ausdruck bringen könne, dass eine vorhandene kirchliche Zusammengehörigkeit nicht durch politische Risse mitzerrissen zu werden braucht, sondern auch unter verschiedenen gewordenen äußeren Lebensverhältnissen mutatis mutandis [...] aufrecht erhalten werden kann.“⁸

Die Trennung kam trotzdem, aus der organisatorischen Einheit wurde die „besondere Gemeinschaft“ zwischen dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und der EKD. Die dringend nötige Belebung sollten die Partnerschaften allerdings von anderer Seite erfahren.

Konsolidierung – die siebziger und achtziger Jahre

Zu Beginn der siebziger Jahre erfuhren die partnerschaftlichen Beziehungen noch einmal eine tiefgreifende Veränderung. Die Gründe für diesen Wandel sind vielfältig: Wichtigster Faktor war jedoch sicher die Konsolidierung des deutsch-deutschen Verhältnisses durch den Grundlagenvertrag von 1972. Die damit einhergehenden Reiseerleichterungen ermöglichten einen Aufschwung des geistigen, geistlichen und fachlichen Austausches auf allen Ebenen der Partnerschaft. Daneben ist die deutliche Verbesserung der Versorgungslage in der DDR anzuführen. Die Zeit der allgemeinen Lebensmittelhilfe war endgültig vorbei, die materielle Unterstützung konzentrierte sich nun auf die speziellen Bedürfnisse der einzelnen Partnergemeinden, -einrichtungen und -familien. Ein dritter Faktor war die Entspannung des Verhältnisses von Kirche und Staat in der DDR – zu nennen ist in diesem Kontext die Anerkennung des BEK im Jahr 1971, das Spitzengespräch zwischen Erich Honecker und dem Vorstand der KKL 1978 und das Lutherjahr 1983. Noch bedeutsamer für den Wandel der Beziehungen scheint mir aber der Generationenwechsel, der sich seit Anfang der siebziger Jahren an den für die Partnerschaft verantwortlichen Stellen vollzog. In die Pfarrämter, kirchlichen Werke, diakonischen Einrichtungen und Synoden zog nach und nach die erste zweistaatlich sozialisierte Nachkriegsgeneration ein. Das mit einem gesamtdeutschen Denkhorizont einhergehende selbstverständliche Zusammengehörigkeitsgefühl der älteren Generation musste durch neue Motivationsmuster ersetzt werden. Erfahrungen der gegenseitigen Entfremdung waren zu verarbeiten. Für viele geborene Bundesdeutsche war die Gesellschaft der DDR, so hat es Friedrich Wilhelm Graf einmal formuliert, „sehr viel ferner als die Toskana oder die Camargue, eine eigentümlich irrealer deutsche Provinz irgendwo im Schatten der Geschichte“⁹, ebenso fiel es geborenen DDR-Bürgern oft schwer, die schnellen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen der BRD nachzuvollziehen. Gleichzeitig wuchs die Neugier, etwas über das kirchliche und gesellschaftliche Leben im so ganz anderen Teil Deutschlands zu erfahren und der Wille sich auszutauschen.

Begrifflich spiegelte sich dieser Wandel in der Tatsache, dass die bis in die sechziger Jahre geläufige Bezeichnung „Partnerschaft“, die eine asymmetrische Beziehung implizierte, durch den Begriff „Partnerschaft“ ersetzt und so das gleichberechtigte Miteinander betont wurde.

⁸ Eichele an Pfarrer Weitbrecht, Betzweiler, vom 26.4.1968.

⁹ Friedrich Wilhelm Graf, Blick vom Westen. Zur DDR-Opposition in den fünfziger und achtziger Jahren. In: Gert Kaiser/Ewald Frie (Hg.): Christen, Staat und Gesellschaft in der DDR. Frankfurt/New York 1996, S. 51.

Die neuen Begegnungsmöglichkeiten und das neue Interesse am „Anderen“ führten zu einer deutlichen Belebung des inhaltlichen Austausches. Neben dem Gespräch über persönliche Themen wurden vor allem Fragen der kirchlichen Struktur und des gemeindlichen Lebens sowie politische und friedensethische Themen diskutiert. Dazu kam, besonders in Bereich der diakonischen Einrichtungen, der fachliche Austausch etwa zu Fragen der Heilpädagogik.

Dieser kirchliche Ost-West-Dialog war allerdings nicht frei von spezifischen Herausforderungen und Problemen.

Kirchliche Partnerschaften als Verständigungsaufgabe

Die Kommunikation über die deutsch-deutsche Grenze hinweg war einer Reihe von spezifischen Bedingungen unterworfen, die die Verständigung erschwerten. Markantestes Hindernis für den Austausch waren zunächst die Reisebeschränkungen. Besuche waren selten und fast nur in eine Richtung möglich, und die Erfahrungen beim Grenzübertritt gaben vielen Westbesuchern ein beklommenes Grundgefühl mit auf den Weg. Ein weitere Schwierigkeit war die in ihre Ausmaß von den Beteiligten noch ungeahnte, als Gegenstand der Sorge aber durchaus präsenste Überwachung der Kontakte. Gerade im Briefkontakt waren viele mit recht vorsichtig in ihren Äußerungen. Schließlich waren die ungleichen wirtschaftlichen Bedingungen in beiden Staaten ein Nährboden für gegenseitige Verletzungen und Missverständnisse. Darauf wird im Folgenden noch näher einzugehen sein.

Neben diesen äußeren Bedingungen spielten auch die unterschiedlichen bewussten oder unbewussten Prägungen der Christen in beiden deutschen Staaten eine Rolle. Gerade weil – im Gegensatz etwa zum Kontakt mit Partnergemeinden in Übersee - die gemeinsame Sprache und Geschichte nahe legten, dass keine großen Mentalitätsunterschiede zu erwarten seien, konnten Differenzen in Sprachgebrauch, Auftreten und Denkmustern zu Spannungen führen. So stießen sich die Thüringer zuweilen am sehr selbstbewussten Auftreten mancher durch freiheitliche Gesellschaftsstruktur und Erziehung geprägter junger Württemberger. Württemberger wiederum konnten nur mit Mühe die umständlichen Prozeduren akzeptieren, die einer Begegnung in der DDR vorausgingen und sie begleiteten. Auch die unterschiedlichen kirchlichen Strukturen gaben Anlass zu Irritationen. So konnten sich die Partner aus dem Osten manchmal nur schwer an den „steifen und distanzierten Umgangston“¹⁰ im westlichen Gemeindekreisen gewöhnen, gleichzeitig fanden manche Württemberger, die Thüringer Christen seien durch ihre Abgrenzung von der übrigen Gesellschaft „befangen in frommen oder abwertenden Klischees“¹¹.

Eine ganz besondere Belastungsprobe für die kommunikative Kompetenz und Verständigungsbereitschaft der Partner war, wie oben bereits erwähnt, das Feld der materiellen Hilfe. Während sich im geistig-geistlichen Bereich die partnerschaftlichen Beziehungen als gegenseitiges Geben und Nehmen gestalteten, ergab sich im materiellen Bereich eine eindeutige Gefällesituation, in der die Partner aus dem Osten die Rolle der Nehmenden, die aus dem Westen die Rolle der Gebenden inne hatten. Obwohl die Unterstützung aus der BRD für das Leben in den Gemeinden, Einrichtungen und

¹⁰ So die Beobachtung aus dem Bericht einer Teilnehmerin der Studienreise des Tübinger Stifts nach Thüringen im August 1985, Semesterbericht Wintersemester 1985/86, S. 32.

¹¹ Brief eines Württemberger Pfarrers vom Januar 1975, abgedruckt im Rundschreiben des Diakonischen Werks an die Vorsitzenden der Diakonischen Bezirksausschüsse und Bezirksleiter vom 20.1.1975.

Familien der kirchlichen Mitarbeiter oft als große Erleichterung empfunden wurde, musste diese Geber-Nehmer-Konstellation für eine Beziehung, die sich je länger desto mehr als Partnerschaft unter Gleichen verstand, eine dauerhafte Belastung darstellen.

„Wie schwer es ist zu nehmen, wenn man von Herzen gerne gibt oder geben möchte, können Sie sich vielleicht gar nicht vorstellen.“¹²

Dieser Satz aus einem Brief einer Greizer Familie an die Partner in Württemberg aus dem Jahr 1980 drückt ein sich über die Jahre durchhaltendes Grundgefühl vieler Empfänger aus. Hilfe anzunehmen oder sogar darum zu bitten mit dem Wissen, sich nie adäquat revanchieren zu können, konnte neben Freude und Dankbarkeit auch Beschämung auslösen.

Doch das Ungleichgewicht stellte auch die westliche Seite vor Probleme. In seinem Bericht über eine Studienreise nach Thüringen im August 1986 beschrieb ein Tübinger Theologiestudent seine Schwierigkeiten mit der Geberrolle und der Kunst zu schenken, ohne seine Gastgeber zu verletzen:

„Als ich dann meinen Rucksack öffne, liegen zuoberst allerlei Geschenke: Eine Ananas, Bananen, einige Orangen, Schokolade, eine Flasche Wein. Es ist mir nun peinlich, all das in der Manier eines reichen amerikanischen Onkels auszuteilen. Denn offensichtlich messen meine Gastgeber, das zeigte mir das Gespräch mit der Mutter, solchen Artikeln recht große Bedeutung zu.

All das macht mich etwas ratlos. Weder möchte ich ein Repräsentant unseres westlich-materialistischen Konsumwahns sein, noch will ich meine Geschenke wieder mitnehmen. Schenken kann sehr schwierig sein, das wird mir hier so deutlich wie noch nie.“¹³

Dass nicht alle Partner aus dem Westen von Natur aus solche Skrupel hatten, zeigen die wiederholt in den Quellen zu findenden Appelle der Verantwortlichen an das Taktgefühl der Geber, die gönnerhafte Gesten unbedingt vermeiden sollten. Doch trotz solcher Mahnungen waren Fehlverhalten, Missverständnisse, Enttäuschungen und Überreaktionen auf beiden Seiten nicht zu vermeiden. Da sich viele Bundesbürger angesichts der schwierigen Kommunikationsbedingungen zwischen Ost und West nur schwer ein Bild von der aktuellen Versorgungslage in der DDR machen konnten, kam es vor, dass der Inhalt eines wohlgemeinten Westpaketes für die Empfänger im besten Falle nutzlos, im schlimmsten Falle aber sogar beleidigend war.

Doch auch da, wo sich die Geber auf die wirklichen Bedürfnisse der Partner einstellten, konnte die für die Nehmer-Seite schwer zu verkraftende Gefälle-Situation zu Reaktionen führen, die wiederum, wenngleich psychologisch durchaus verständlich, von den Westpartnern als Undankbarkeit aufgefasst wurden. Der langjährig federführend am Transfersgeschäft beteiligte Walter Hammer beschrieb das psychologische Phänomen mit dem chinesischen Sprichwort „Ich brauche ihn nicht zu hassen, denn ich brauche ihm nicht zu danken“¹⁴: Die Tatsache, sich etwas schenken lassen zu müssen, verpflichtet den Empfänger zum Dank. Ist es dem Beschenkten dauerhaft nicht möglich, sich angemessen zu revanchieren, kann diese Verpflichtung so belastend werden, dass er versucht, sich dieser auf andere Weise zu entledigen. Er nimmt eine negative Haltung gegenüber dem Geber ein, die sich in Widerstand gegen diese Art der ungleichen Beziehung äußern kann, oder er versucht, wie manchmal die ältere Generation im Bezug auf die einseitig zu tragenden Folgen des verlorenen Krieges oder die jüngere Generation im Bezug auf die ungleichen materiellen Verhältnisse in Ost und West, einen

¹² Familie F., Greiz, an Familie B., Gechingen, vom 6.1.1980.

¹³ Evangelisches Stift Tübingen, Semesterbericht Wintersemester 1986/87, S. 26.

¹⁴ 59. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ vom 21.1.1994 (Materialien der Enquete-Kommission Band VI/1, S. 322).

festen Anspruch auf Hilfe zu formulieren. Damit liegt die Verpflichtung auf der anderen Seite, die Dankesschuld ist getilgt.

Auch wenn sich viele Christen aus der BRD diese Argumentation des selbstverständlichen Ausgleichs zu eigen machten und mit ihrem Habitus das Bild vom reichen Westen weiter beförderten, war in dem Fall, dass solche Ansprüche von den Partnern selbst geltend gemacht wurden, meist ein kritischer Punkt erreicht.

Ein weiteres Problemfeld des Geber-Nehmer-Gefälles war die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel durch die Partner. Manchmal waren den Gebern die Wünsche der Empfänger unverständlich oder schienen nicht existentiell genug. So berichtete etwa 1956 die Bezirksstelle Crailsheim irritiert dem Hilfswerk, auf Anfrage, was im Partnerbezirk dringend benötigt würde, sei man um goldenes Stickgarn für eine Altardecke und schwarzen Stoff für Kurrendemäntel gebeten worden. Auch in späteren Jahren fiel es den Partnern aus dem Westen oft schwer zu akzeptieren, dass das von ihnen geschenkte Geld für Dinge ausgegeben wurde, die sie selbst weder für notwendig noch für begehrenswert hielten. Den Stellenwert, den solche Artikel gerade für Kinder und Jugendliche in der DDR oft hatten, war für sie nur schwer nachzuvollziehen.

Schließlich stellte sich in Anbetracht der verbesserten Versorgungslage seit den siebziger Jahren die Frage, inwieweit materielle Hilfe überhaupt noch notwendig sei. Die mündliche überlieferte Frage eines Studenten, der in den Semesterferien im Lager des Diakonischen Werks in Stuttgart arbeitete, warum man „Regenschirme in die DDR“ schicke, wenn „in der Dritten Welt Menschen hungern“ traf die Stimmung mancher Vertreter der jüngeren Generation. In der DDR fanden ähnliche Überlegungen differenzierteren und weitreichenderen Ausdruck im Brief der Teilnehmer an der Weltmissionskonferenz in Melbourne 1980, in der sie die Gemeinden in der DDR mahnen, aus der Nehmerrolle herauszufinden und selbst zu geben.

Doch trotz aller Schwierigkeiten und Rückschläge hielten Christen aus den Partnerkirchen an den Kontakten fest und lernten durch den intensiven Austausch voneinander und miteinander. Sie konnten sich ein vorurteilsfreies Bild des Gesellschaftssystems im anderen Teil Deutschlands machen und begannen durch die Begegnung mit einer anderen Lebenswirklichkeit, bisher Selbstverständliches im eigenen privaten und kirchlichen Alltag zu hinterfragen. Für die Thüringer bot der Ost-West-Dialog zudem eine Art „Fenster zur Freiheit“, das ihnen die Gewissheit gab, nicht abgeschnitten zu sein, und damit ihr Selbstbewusstsein stärkte.

Eingeholt und überholt? – Erträge

Die umwälzenden Ereignisse vor 20 Jahren brachten Kirchenpartnerschaften eine ungeahnte Aktualität. In der Zeit von Mauerfall und Wiedervereinigung war man mit Kontakte in den anderen Teil Deutschlands plötzlich ganz nah am Puls der Zeit. Die Partnerschaftsarbeit, die zu Beginn nur als vorübergehende Hilfsaktion geplant war und sich nun über 40 Jahre zu einer festen Institution entwickelt hatte, wurde sozusagen von der Geschichte eingeholt. Oder muss man sagen: überholt? Klar war: Die Beziehungen mussten neu justiert werden. Doch darüber zu reden ist nicht mehr meine Aufgabe.

Mir bleibt, noch kurz über die Erträge der Kirchenpartnerschaft unter den Bedingungen der deutschen Teilung zu sprechen – so wie ich sie sehe.

Ich fasse die Bedeutung der Partnerschaft in fünf Thesen zusammen:

1. Kirchenpartnerschaften ermöglichten und förderten eine notwendige und situationsgerechte Form diakonischen Handelns. Ich erinnere an die Notwendigkeit des persönlichen Kontakts zwischen Absendern und Empfängern und die ständige Anpassung der Hilfe an die sich verändernden Bedürfnisse.
2. In den Kirchenpartnerschaften gewann die Gemeinschaft der Glaubenden in einer bestimmten historischen Situation Gestalt. Ich erinnere an den vielschichtigen Austausch unter schwierigen Bedingungen und die seelsorgerliche Komponente vieler persönlicher Kontakte.
3. Kirchenpartnerschaften sicherten die gesellschaftliche Präsenz der Kirche in einem sozialistischen Staat. Ich erinnere an die Hilfsleistungen, die die baulichen, materiellen und finanziellen Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung des Gemeindelebens und die Erfüllung des diakonischen Auftrags sicherten.
4. Kirchenpartnerschaften unterliefen den Totalitätsanspruch des SED-Regimes.
5. Ich erinnere an die Bezeichnung Partnerschaft als „Fenster zur Freiheit“ und die Klagen der staatlichen Organe der DDR, die Aktivitäten nicht ausreichend kontrollieren zu können. Kirchenpartnerschaften sind durch ihre Beständigkeit ein Vorbild für nachhaltiges kirchliches und gesellschaftliches Handeln.

Ich erinnere an die Ausdauer, Frustrationstoleranz und Flexibilität, mit der es den Verantwortlichen gelang, die Kirchenpartnerschaften vier Jahrzehnte lang über alle äußeren und inneren Probleme am Leben zu erhalten.

ACHTUNG: Es handelt sich um das Manuskript zu einem mündlichen Vortrag. Belegstellen für wörtliche Zitate wurden nur so weit eingefügt, wie sie für die Einordnung der Zitate nötig sind. Weitere Belege sowie Verweise auf weitere verwendete Quellen und Sekundärliteratur entnehmen Sie bitte meinem Buch Karoline Rittberger-Klas, Kirchenpartnerschaften im geteilten Deutschland. Am Beispiel der Landeskirchen Württemberg und Thüringen, Göttingen 2006.